Fremdenblatt
16./VI. 1918

Der nächste finanzielle Staatsbedarf.

Vom Abg. Dr. Otto Steinwender.

In vierzehn Tagen endigt das finanzielle Verwaltungsjahr 1917/18, es endigt die Bewilligung zur Einhebung der Steuern, auch die Kreditbewilligungen sind mit der achten Kriegsanleihe erschöpft. Das Abgeordnetenhaus müßte sich also sehr beeilen, wenn es für die gesetzliche Fortführung des Staatshaushaltes wenigstens durch provisorische Maßregeln sorgen sollte. Nun weiß aber heute niemand zu sagen, ob das Parlament noch im Juni zusammentreten werde, und wenn es zusammentritt, ob sich eine Mehrheit für die finanziellen Staatsnotwendigkeiten finden werde. Im verneinenden Falle bleibt die Sorge der Regierung, aber nicht bloß der Regierung, sondern auch uns, denn je später die Rechnung präsentiert wird, um so höher wird sie sich stellen, und bezahlen wird sie das Volk und nicht die Regierung. Grund genug, um uns noch rechtzeitig, wenn auch im letzten Augenblick, mit der Sache zu beschäftigen.

Für das laufende Verwaltungsjahr war die Regierung ermächtigt, Anlehen im Gesamtbetrage von 21.000 Millionen Kronen aufzunehmen. Wenn, wovor uns das Schicksal und die militärischen Erfolge bewahren mögen, der Krieg noch ein weiteres Jahr dauern sollte, müßten wir mit einer höheren Anlehenssumme rechnen. Denn der Verminderung der Ausgaben für die Flüchtlingsfürsorge von einer ganzen auf eine halben Milliarde stehen weit stärkere Mehrausgaben gegenüber. Gestiegen sind, namentlich durch die fortschreitende Teuerung, die Kosten für die mobilisierte bewaffnete Macht, weiter das Erfordernis für die Wiederaufrichtung der Kriegsgebiete, die Zulagen für die Staatsangestellten, Lehrer und Arbeiter und das Zinsenerfordernis. Die Anlehenssumme würde also, allerdings nur ganz beiläufig geschätzt, um etwa drei Milliarden höher sein müssen, als die des laufenden Jahres.

Eine solche Summe aufzubringen, wird um so schwerer fallen, als gegen die weitere Benützung der bequemsten Schuldform, durch Vermehrung des Notenumlaufes, die ernstesten Bedenken bestehen. Oesterreich hat sich bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank im März, April und Mai dieses Jahres mit je 954 Millionen, in den letzten drei Monaten also um 2862 Millionen Kronen verschuldet. Der Notenumlauf ist dadurch auf 22½ und er wäre auf 25 Milliarden gestiegen, wenn Ungarn sich nach seinem quotenmäßigen Anteile in demselben Verhältnisse an der Verschuldung bei der Bank beteilt hätte. Daß an der unheimlich wachsenden Teuerung in erster Linie der Mangel an Ware und in zweiter Linie die mangelhafte Organisation schuld sind, steht außer Zweifel, aber nicht minder gewiß ist es, daß die Verteuerung befördert wird, wenn der Notenumlauf auf das Zehnfache seines Bestandes vor dem Kriege gestiegen ist. Wird aber auf die weitere Vermehrung der Notenmenge verzichtet, so ist es fraglich, ob die anderen Wege des Kredites breit genug sein werden und ob man nicht genötigt sein wird, bei der Erschließung neuer Einnahmen sich weniger an unsere Vergangenheit als an das Beispiel Englands zu halten.

Hoffentlich bleibt uns die Sorge erspart, für ein ganzes weiteres Kriegsjahr finanziell zu sorgen. Um so näher stellt sich die Aufgabe, wenigstens in der dauernden Gebarung, also mit Ausschluß der unmittelbaren und mittelbaren Kriegsausgaben, einige Ordnung zu machen. Nach dem Staatsvoranschlage für das laufende Jahr betrug der Abgang in der dauernden Gebarung 1628 Millionen Kronen. Dieser Abgang ermäßigt sich durch die letzten, im Budget noch nicht vorgesehenen Mehreinnahmen bei den Eisenbahntarifen und den Frachtsteuern auf 1456 Millionen, steigt aber ohne Berücksichtigung der im Jahre 1919 zuwachsenden Zinsen sowie der Invalidenversorgung auf rund 3000 Millionen. Wir müssen nämlich rechnen:

Zinsenzuwachs von Ende 1917 auf Ende 1918 rund	600 Millionen Kronen
Ein Teilbetrag aus den Zulagen für Staatsangestellte als voraussichtlich bleibende Belastung mindestens .	500 „ „
Uebertrag von	377 „ „
bei den militärischen Ausgaben, um die wegen Einbeziehung in die Mobilisierungsausgaben das dauernde Budget rechnungsmäßig gegenüber dem Erfolge des Jahres 1913 entlastet wurde.	

Ueberlassen wir jedoch in einer weitgehenden Nachsicht gegen eine scheinbare Milde mit uns selbst die zwei letztgenannten Korrekturen einer späteren Zukunft, so bliebe noch immer in der dauernden Gebarung ein Abgang von mehr als 2000 Millionen Kronen zu decken.

Beim Auseinandergehen des Abgeordnetenhauses vor Ostern standen in Verhandlung Mehreinnahmen aus der Weinsteuer, der Zuckersteuer, der Effektenumsatzsteuer, der Kohlensteuer, der Grund- und Erwerbsteuer und den Zuschlägen zu den direkten Steuern in einem Gesamtbetrage von rund 500 Millionen Kronen. Zu bedecken bleiben also, wenn wir die erwähnten Korrekturen verschieben, noch immer 1500 Millionen. Ueber das Wie? soll gelegentlich eingehender gesprochen werden; für heute genügt es, den Bedarf annähernd ziffernmäßig festzustellen und den Umfang der Aufgabe für die Regierung und das Parlament zu umschreiben.